

Zeller: Existenzielle Fragen für große Städte

Doppelhaushalt

Nach Ansicht des Berliner CDU-Landesvorsitzenden, Joachim Zeller, muss Rot-Grün sich in wesentlichen Fragen des derzeit diskutierten Zuwanderungsgesetzes jetzt bewegen. Weder vor den Sicherheitsfragen, noch vor Integrationserfordernissen könne man die Augen verschließen. Diese Probleme seien aber besonders in städtischen Ballungsräumen offensichtlich, so Zeller.

Joachim Zeller: „Besonders für große Städte handelt es

sich dabei um existenzielle Fragen. Aktuelle Studien aus Berlin belegen, dass hier inzwischen erheblicher sozialer Sprengstoff vorhanden ist und dringend vom Gesetzgeber gehandelt werden muss. Das Zusammenspiel von sozial Benachteiligten in den

vielfach entstandenen großstädtischen Parallelgesellschaften und internationalen Extremisten ist zudem ein gefährliches Potential. Wer das jetzt aus ideologischen Gründen ignoriert, setzt mit die friedliche Zukunft in unserem Land aufs Spiel“.



CDU-Landesvorsitzender Joachim Zeller

„Gewaltbereite Extremisten schneller ausweisen“

„Wir müssen uns von gewaltbereiten, religiösen Fanatikern und von politischen Extremisten leichter trennen können, als das bei der derzeitigen Rechtslage möglich ist“, sagte der CDU-Fraktionsvize Wolfgang Bosbach. Zwar gebe es keine Patentrezepte zur Lösung des Terrorismusproblems, doch müsse man die Menschen, die nach Deutschland kommen wollen, näher ansehen.

Der Innenexperte bekräftigte: „Wenn wir Sicherheitsbedenken haben, dann muss das Sicherheitsinteresse des Landes Vorrang haben vor dem Interesse, nach Deutschland einzureisen“. Allein in Deutschland gebe es zwischen „35.000

und 40.000 Islamisten“, von denen „etwa 3.500 bis 4.000 gewaltbereit seien oder zur Gewalt neigen“ würden. Von dieser Gruppe „müssen wir uns trennen,

dass die Union einen „starken Staat“ wolle, der „seine Bürger zu schützen weiß“. Fakt sei jedoch, dass sich in Deutschland insgesamt 37 Behörden um die Wahrung der inneren Sicherheit bemühten. Deshalb sprach sich der Innenexperte für die Schaffung einer „Datenbank Terrorismus“ aus, auf die jede Sicherheitsbehörde Zugriff haben sollte. Außerdem plädierte Wolfgang Bosbach erneut für einen Einsatz der Bundeswehr im Kampf gegen den Terror auch innerhalb der Landesgrenzen. Die Fähigkeiten der Bundeswehr bei der „Abwehr von Gefahren aus der Luft“, „Abwehr von ABC-Gefahren“ und beim „Objektschutz“ gelte es zu nutzen.



CDU-Fraktionsvize Wolfgang Bosbach

eher heute als morgen, auch zum Schutze der friedlichen Muslime in unserem Land“, sagte der stellvertretende Fraktionschef wörtlich. Bosbach machte deutlich,

Der neue Doppelhaushalt des Senats ist nicht das Papier wert, auf dem er geschrieben ist.

Weder sind darin Ansätze für die Beseitigung der Haushaltsnotlage erkennbar noch sind Konsequenzen aus dem Urteil des Verfassungsgerichtshofes vom 31. Oktober vergangenen Jahres gezogen worden. Darin hatten die Richter den alten Doppelhaushalt 2004/05 für verfassungswidrig erklärt, weil die Nettoneuverschuldung die Investitionen klar überschreitet und der Senat die Gründe für eine übermäßige Verschuldung nicht hinreichend dargelegt hat. SPD und PDS sind durch diese Entscheidung zu einer Kurskorrektur ihrer bis dahin nur aufs Sparen ausgerichteten Politik verpflichtet worden – doch schon während der erneuten Haushaltsberatungen wurde deutlich, dass beide Senatsparteien dazu nicht in der Lage und mit ihrem Latein offensichtlich am Ende sind. Stattdessen haben

sie versucht, sich mit faden-scheinige Ausreden aus der Affäre zu stehlen und ihre alte Politik fortgesetzt. Verfehlt wurde die Chance, die verbliebenen Gestaltungsspielräume für strukturelle Entscheidungen zugunsten von Wirtschaftswachstum und der Schaffung von Arbeitsplätzen zu nutzen und die Privatisierungserlöse zur Schuldentilgung zu steigern. Am Ende hat beim Senat nicht die Heckenschere gesiegt, sondern die Nagelfeile, stellten die Haushälter der CDU-Fraktion richtigerweise fest.

Die CDU-Fraktion ist aufgrund der ausbleibenden Weichenstellung durch SPD und PDS nun gezwungen, in Verantwortung für Berlin eine Klage vor dem Landesverfassungsgerichtshof zusammen mit der FDP zu prüfen. Sollte erneut der Doppelhaushalt für verfassungswidrig erklärt werden, wäre das das Ende von Rot-Rot in Berlin.

Nicolas Zimmer

Aus für Schleierfahndung?

Nach den Anschlägen in Madrid mit 200 Toten hat der Terror auch Europa erreicht.

„Neue Sicherheitskonzepte sind deswegen auch in Berlin notwendig“, fordert daher Frank Henkel. Doch Innensenator Körting habe nichts Besseres zu tun, als ausgerechnet nach den schrecklichen und grausamen Terrorattacken in Spanien die sogenannte Schleierfahndung abzuschaffen. Bisher sei dieses Instrument der präventiven Verbrechensbekämpfung so gut wie gar nicht in der Hauptstadt zum Zuge gekommen. Wieso Körting behaupte, dass die Schleierfahndung bisher nicht erfolgreich gewesen sei, bleibe sein Geheimnis. Henkel weiter: „Klar ist nur, dass diese Maßnahme unverantwortlich ist und die Handlungsmöglichkeiten der Polizei in

Zeiten bislang ungekannter terroristischer Bedrohung stark einschränkt.“ Neben dem Verzicht auf den Großen



Frank Henkel im Interview

Lauschangriff biete Deutschland nun optimale Möglichkeiten für Terroristen. 100-prozentige Sicherheit gebe es zwar nicht, trotzdem müssten alle polizeilichen Maßnahmen ausgeschöpft werden, um nicht Opfer eines Terroranschlages zu werden.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER UND VERLAG
Berliner Presse- und Informationsdienste
Verlags- und Werbegesellschaft mbH (bpi)
Neue Grünstraße 26 • 10179 Berlin
Tel.: (030) 20 64 16-0 • Fax: (030) 20 64 16-66

CHEFREDAKTEUR
Matthias Wambach

REDAKTION
Dirk Reitze, Marco Hardt

ANZEIGEN
Alexander Göbel

BANKVERBINDUNG
Deutsche Bank, Kto.: 107 117 400
BLZ 100 700 00

DRUCK
Union Druckerei Berlin GmbH
Storkower Str. 127a • 10407 Berlin

Für nicht angeforderte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

SICHERHEIT DURCH KOMPETENZ

SAFETY

OBJEKTSCHUTZ
REVIERMONITOREN
VERANSTALTUNGSDIENST
ALARMZENTRALE
ALARMVERFOLGUNG
ARBEITSSICHERHEIT

KURIERDIENST
GLAS- UND
GEBÄUDEREINIGUNG
ERRICHTUNG VON
SICHERUNGS- UND
RAUMSCHUTZANLAGEN

Safety Unternehmensschutz GmbH
Stralauer Allee 35 10245 Berlin
Tel.: 0 30/29 33 94-0 • Fax: 0 30/29 33 94-11